

Anlage 2 zur Vorlage 121/2014

Handlungsvorschläge

„Gute Chancen für alle Kinder – mit Familien aktiv gegen Kinderarmut“

Die folgenden Handlungsvorschläge wurden in der Projektgruppe „Gute Chancen für alle Kinder“ am 19.2.2014 beraten. Sie sind als Arbeitsgrundlage zu verstehen und müssen konkretisiert und auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüft werden. Die Ergebnisse gehen auch ein in die Entwicklung der Tübinger Sozialkonzeption. Die Reihenfolge stellt keine Rangordnung dar.

Die Ergebnisse der Sozialraumanalyse und der Familienbefragung bekräftigen viele Entwicklungen und Maßnahmen, die in den vergangenen Jahren bereits erfolgreich von der Stadtverwaltung und den freien Trägern der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe umgesetzt worden sind. Ausdrücklich als hilfreich von den Familien genannt werden unter anderem der Ausbau von Kindertagebetreuung, Ganztagschulen und Schulsozialarbeit, die Angebote zur Sprachförderung, die Angebote der KinderCard/ BonusCard und des Bildungs- und Teilhabepakets. Sehr viele Aussagen und Verbesserungswünsche gibt es hinsichtlich der Entbürokratisierung von Hilfen und deren besserer Erreichbarkeit. Ein interkultureller Blick, der Integration fördert, ist dabei Querschnittsaufgabe in allen Bereichen.

Ausgangspunkt: Familien fehlen Informationen, die für sie wichtig sind bzw. es fehlen unkomplizierte Zugänge zu Informationen. Informationen sind nicht klar, vieles nicht wirklich relevant, manches verständlich. Zugleich besteht eine „Infoflut“, die überfordert. Bestehende Hilfen erreichen deshalb viele Familien nicht.

Vorschlag 1:

„Tübinger Ansprechpartner“ (tap's)

In möglichst vielen Sportvereinen, Kulturvereinen, Schulen, Kindertageseinrichtungen, Kirchengemeinden, Ämtern usw. soll jeweils eine Ansprechperson für Kinderarmut/ Kinderchancen (ehrenamtlich oder hauptberuflich) benannt werden. Diese Personen erhalten die wichtigsten Informationen über Hilfen in Tübingen, bekommen eine Einführung und eine bestückte Infotasche. Sie kümmern sich in Ihrem Bereich, dass Infos an die Familien weitergegeben werden, sie haben eine Auge auf das Thema Kinderarmut und können jederzeit bei der Info- und Anlaufstelle (s.u.) nachfragen und Familien dorthin vermitteln. Sie werden ein- bis zweimal im Jahr zum Austausch eingeladen. Die INET- Multiplikatorinnen sind auch Ansprechpartner (Kooperation mit Projekt INET).

Dies ist gekoppelt mit der Schaffung einer

Info- und Anlaufstelle: „Wir helfen weiter“

Diese Stelle baut das Netz der „Tübinger Ansprechpartner“ auf und pflegt und betreut die Kontakte. „Wir helfen weiter“ ist täglich erreichbar, zentral gelegen, hat aber keine reine „Komm-Struktur“, sondern geht auf Einrichtungen und Vereine zu und betreibt einen aktiven und zielgerichteten Info-Service mit gut aufbereiteten und verständlichen Informationen. Dazu gehören auch z.B. jährliche Infoveranstaltungen in Kindertagesstätten und Grundschulen. Die Infostelle „Wir helfen weiter“ gibt praktische Hilfestellungen, z.B. Anträge ausfüllen, Übersetzungen (Kooperation mit Kulturvereinen) und vermittelt weitere Hilfen. Die Infostelle nutzt und pflegt die Datenbank www.werhilftweiter.de in Kooperation mit dem Tagblatt und dem Bündnis für Familie. Sie kooperiert mit dem Sozialen Hilfetelefon des DRK.

Rahmen:

Ein zentral gelegener, gut erreichbarer Raum mit nutzbarem Nebenraum für Kurzberatungen und angemessene Personalausstattung. Ideal wäre die Verortung in einem neuen Haus der Familie mit zahlreichen Hilfen und Angeboten für Familien unter einem Dach. Parallel zur zentralen Info- und Anlaufstelle ist es erforderlich, auch die dezentralen Strukturen in den Stadtteilen zu stärken (siehe folgender Punkt).

Ausgangspunkt: Es fehlen allgemeine, nicht spezialisierte, auf den Alltag von Familien bezogene Beratungsangebote und Hilfen und bekannte Ansprechpartner in den Stadtteilen, sogenannte „Allrounder“. Die einzige Stelle, die dies noch explizit anbietet, ist das Diakonische Werk Tübingen.

Vorschlag 2:

Allgemeine Sozialberatung als Stadtteilsozialarbeit

Niederschwellige, bei Bedarf auch aufsuchende allgemeine Sozialberatung sollte in mehreren Stadtteilen erreichbar sein. Am sinnvollsten in dies angedockt an Stadtteil – und Familientreffs und verknüpft mit der Sicherung und Weiterentwicklung sozialraumorientierter Arbeit. Alltagsbezogene Einzelfallhilfe kann dann verbunden werden mit der Stärkung von Selbsthilfe und Initiativen im Stadtteil. Die Allgemeine Sozialberatung ist bekannt im Stadtteil und vermittelt bei Bedarf an weitergehende Hilfen, Patenschaften, Begleitung, spezialisierter Beratung usw.

- Als kleine Lösung/ ersten Schritt könnte eine Stelle für allgemeine soziale Beratung an die Info- und Anlaufstelle gekoppelt werden – zentral und gut erreichbar aus allen Stadtteilen

Rahmen:

Nähere Ausgestaltung und Planung (Stellenanteile, Standorte und Trägerschaft) in Verbindung mit der Sozialkonzeption. Gespräche mit der Jugendhilfe des Landkreises (Neukonzeption „Beratungsoffensive“) sind wichtig, um auch hierzu dezentrale Strukturen zu erhalten und niederschwellige Zugänge in den Stadtteilen zu schaffen.

Ausgangspunkt: Viele Angebot in den Bereichen Kultur, Musik, Bildung, Freizeit, Sport, Ferien sind für einkommensarme Familien nicht zu bezahlen, insbesondere bei mehreren Kindern. Zugleich sind bestehende Angebote nur teilweise bekannt.

Vorschlag 3

Sicherung und Weiterentwicklung der Tübinger KinderCard

Weitere Partner in den Bereichen Kultur, Sport, Musik, Bildung sollten gewonnen und einzelne Angebote gezielt ausgebaut werden. Die Information über die Angebote muss verbessert werden, mehr Öffentlichkeitsarbeit erfolgen, hierfür sind durch die Träger selbst zu gewinnen. Die Tübinger KinderCard ist kein „Selbstläufer“, sondern als festes städtisches Angebot mit der dafür erforderlichen Sachbearbeitung auszustatten, um Absprachen mit den Partnern und Gewinnung neuer Angebote, Aqoise von Spenden, Initiierung von Neuerungen und Sonderaktionen, Information, Aktualisierung und Werbung, sowie Kooperationen (u.a. Aktion Sahnehäubchen und Wunschbaum e.V.) zu gewährleisten.

Rahmen:

Sinnvoll ist eine verlässliche Basisförderung von Angeboten durch die Stadt und der Einsatz von Spen-

denmitteln für besonders wichtige Maßnahmen wie z.B. kostenfreie Ferienangebote, auch für Jugendliche. Ein Stellenanteil für die Sachbearbeitung der Tübinger KinderCard sollte ab 2015 eingeplant werden. Die Verwaltung wird hierzu einen gesonderter Vorschlag einbringen.

Ausgangspunkt: Insbesondere Familien und Alleinerziehende, die knapp über der Armutsgrenze liegen und somit keine Sozialleistungen, kein Bildungs- und Teilhabepaket und keine KinderCard erhalten, stehen oft unter erheblichem finanziellen Druck

Vorschlag 4

KinderCard für Familien an der Armutsschwelle

Die Möglichkeit der Ausgabe einer Tübinger KinderCard an Familien an der Armutsschwelle bzw. in besonderen Lebenssituationen soll geprüft werden. In Kooperation mit Caritas (Aktion Sahnehäubchen), Diakonie, Kinderschutzbund, dem VAMV und Trägern der Stadtteilsozialarbeit (z.B. Na-Se/Bürgertreff) könnte eine solche Ausgabe nach Kenntnis des Einzelfalls und definierten Kriterien erfolgen, um den Kindern dieser Familien mehr Teilhabe zu ermöglichen.

*Ausgangspunkt: Kindertagesstätten können und sollen Orte im Stadtteil/ Sozialraum sein, an denen die ganze Familien erreicht werden und auch die Eltern frühzeitig Unterstützung erfahren
Problem: Viele KiTa-Mitarbeiterinnen fühlen sich damit überfordert*

Vorschlag 5

Stärkung der Rolle der Kindertageseinrichtungen für Familien

Ausbau der offenen Familientreffs und Weiterentwicklung zu Familienzentren in Stadtteilen mit einer Häufung sozialer Problemlagen. Dieser Prozess läuft bereits und sollte weiter vorangebracht und mit dem Aufbau stadtteilbezogener Sozialarbeit/ allgemeiner Sozialberatung verknüpft werden (siehe 2).

Darüber hinaus brauchen Kindertagesstätten fachliche Beratung, Unterstützung und angemessene zeitliche Ressourcen, um Zeit für Gespräche und Arbeit mit den Eltern bzw. Familien zu haben. Wichtig sind auch Qualifizierung, Supervision oder Kollegiale Beratung für die Mitarbeiter/innen (ressourcenorientierte Haltung, Gespräche auf Augenhöhe, Umgang mit schwierigen Situationen).

Gutausbereitete Information der Kindertagesstätten über die wichtigsten Hilfeangebote für Familien, z.B. durch jährliche Veranstaltungen und durch ein/e Ansprechpartner/in in jeder KiTa (siehe 1).

Sprachförderung und weitere Angebote, die sich bewährt haben, müssen erhalten und sollten, wo sinnvoll, ausgebaut werden. Projekte und Maßnahmen von und für Familien, wie z.B. Tauschbörsen an KiTa's sollen unterstützt werden.

Ausgangspunkt: Schulen können und sollen Orte im Stadtteil/ Sozialraum sein, an denen die ganze Familien erreicht werden und auch die Eltern frühzeitig Unterstützung erfahren. „Kein Kind fällt bei uns durch“ sollte dabei gemeinsames Leitziel sein.

Vorschlag 6

Stärkung der Rolle der Schulen für Familien

Gemeinsam mit den Schulen und ihren Kooperationspartnern im Stadtteil soll überlegt werden, was hierzu möglich und leistbar ist. Die konkreten Vorschläge aus den Fokusgruppen sollen dabei auf Umsetzbarkeit geprüft werden. Durch Austausch gelingender Ansätze soll gute Praxis ausgebaut werden. An den Schulen sollen Kinder und deren Eltern die wichtigsten Informationen zu den Hilfeangeboten erhalten können (Schwarzes Brett, Elternbrief, Ansprechperson an der Schule). Ein leichter Zugang zu Nachhilfe- und Förderangeboten sowie Patenschaften (LeiTa, Rock Your Life) sollte an allen Schulen geschaffen werden. Die Schulentwicklung zu Ganztags- und Gemeinschaftsschulen sollte mit diesen Ansätzen verbunden werden.

Ausgangspunkt: Junge Menschen sind bereit, sich zu engagieren und erreichen Jugendliche und Kinder oft besser als Erwachsene. Notendruck und Schulstress stehen deren Engagement aber im Wege.

Vorschlag 7

Anerkennung und Förderung des Engagements Jugendlicher

Vorstoß in Richtung Kultusministerium für die Anerkennung und Berücksichtigung von sozialem Engagement bei schulischen Leistungen (z.B. Wahlfach „Sozialkompetenz /Engagement“, vergleichbare Lösungen zu credit points für Engagement an den Universitäten).

Ausloten vorhandener Handlungsspielräume in Kooperation mit dem Carlo Schmid Gymnasium und ggf. weiteren interessierten Schulen (evtl. Pilotprojekt).

Gezielte Förderung von Projekten, in denen Jugendliche und junge Erwachsene sich engagieren.

Ausgangspunkt: Durch Patenschaften, Tandems, Multiplikatoren etc. können Kinder, Jugendliche und Eltern wirkungsvoll erreicht und unterstützt werden.

Vorschlag 8

Patenschaften ausbauen

Verlässliche und ausreichende städtische Förderung von Patenschaftsprojekten und vergleichbaren Ansätzen (LeiTa, Rock Your Life, INET, Patenschaftsprojekt Asylzentrum): Ein Ausbau der Kapazität dieser Projekte sowie Initiativen für den Aufbau vergleichbarer Projekte sollten seitens der Stadt unterstützt werden. Wichtig dabei: interkulturelle Vermittlung durch Personen, die die Muttersprache sprechen.

Die hoch belastete Zielgruppe von Kindern und Jugendlichen, deren Eltern unter sucht- und psychischer Erkrankung leiden, braucht spezifische Unterstützungsangebote, konkret: Aufbau eines Patenschaftsprojekts zur Überbrückung in Krisenzeiten.

Ausgangspunkt: Der öffentliche Nahverkehr in Tübingen ist für viele von Armut betroffene Familien zu teuer. Die Teilhabemöglichkeiten der Kinder und ihren Eltern sind damit eingeschränkt. Schülermonatskarten reichen nicht aus, um die nötige Mobilität zu erreichen, da sie nur für einen Teil der Kinder und nicht für die Eltern zugänglich sind.

Vorschlag 9

Mehr Ermäßigungen im öffentlichen Nahverkehr

Genauere Prüfung des und der Möglichkeiten für ermäßigte Tarife für Inhaber der Tübinger Kinder-Card und der KreisBonusCard. Die Überlegungen für einen „TüBus umsonst“ könnten in einer ersten Stufe für die Zielgruppen, die es am nötigsten haben, vorangebracht werden.

Ausgangspunkt: Bezahlbarer und für Familien geeigneter Wohnraum ist unzureichend verfügbar. Wohnraumbedingte Umzüge in Teilorte bzw. Landkreisgemeinden bringen wiederum Mehrkosten (Nahverkehr) oder neue Probleme (fehlende Kinderbetreuung) mit sich. Es gibt „Verlierer“, die über lange Zeiträume keine passende Wohnung finden.

Vorschlag 10

Lösungsansätze für „Bezahlbares Wohnen“ voranbringen - siehe Workshop vom 1.3.14:

Verstärkter sozialer Wohnungsbau, neue Wege zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, wirksame Belegungsrechte der Fachabteilung Soziales für dringliche Fälle, Umsetzung einer Wohnberatung, die Familien mit schwerem Zugang zum Wohnungsmarkt im Blick hat.

Ausgangspunkt: Unterstützungsangebote bei der Suche und Wiederaufnahme einer existenzsichernden Arbeitsstelle sind nicht bekannt oder nicht ausreichend.

Vorschlag 11

Verlässliche Hilfen zur Vermittlung in existenzsichernde Arbeit

Qualifizierte Unterstützung von Müttern und Vätern sowie Jugendlichen auf dem Weg in eine existenzsichernde Berufstätigkeit, was nicht nur Qualifizierungsangebote, sondern auch Beratung, Coaching und Begleitung beim Einstieg beinhaltet (Bsp. Projekt VestA). Statt kurzfristiger Projekte, wie es bislang der Fall ist, sollte eine kontinuierliche Förderung erfolgversprechende Ansätze erfolgen. In Verbindung damit sind sollten auch entlastende Angebote für Alleinerziehende geschaffen werden.